



Arbeitskreis
Religionsfreiheit – Menschenrechte –
Verfolgte Christen
Deutsche Evangelische Allianz



AKREF-Nachrichten

vom 02.10.2026 bis 09.10.2026

Arbeitskreis für Religionsfreiheit – Menschenrechte – verfolgte Christen
der Evangelischen Allianz in Deutschland

Paul Murdoch (redaktion@akref.de)

Inhaltsverzeichnis

Afghanistan: Christen in der Minderheit	3
Äthiopien: Tigray - Der Eparch von Adigrat schlägt Alarm	4
Deutschland: Kirche will Organisten wegen AfD-Mandat nicht mehr beschäftigen	5
Deutschland: Anti-israelische Demo zum Jahrestag des Hamas-Massakers	6
Deutschland: Bremen verbietet religiöse Symbole bei Polizeieinsätzen	7
Deutschland: Fast jeder Dritte sagt - Juden können in Deutschland nicht sicher leben	8
EU: EU-Parlament in Straßburg	9
Gaza: Zwei Christinnen bei israelischem Luftangriff getötet	10
Indonesien: Muslim mit Machete stört christlichen Gottesdienst	11
Indonesien: Wegen Israel-Solidarität	13
Irak: Kirchen werden wiedereröffnet	14
Iran: Gewalt und Todesfälle	15
Israel: 170 „Journalisten“ als Terroristen identifiziert	16
Israel: Luftschlag im Gazastreifen	17
Malawi: 100-jährige Jubiläum des Weltmissionssonntags	18
Nigeria: Neue Gräueltaten	19
Pakistan: Mädchen vor Zwangskonvertierungen und Zwangsheirat schützen	21
Südsudan: Entführte Christen wieder frei	23
Weltweit: Am 1. November für verfolgte Christen beten	24
Zentralasien: Wenn eine Verwandte zum Glauben kommt	25

Afghanistan: Christen in der Minderheit

Es ist allgemein bekannt, dass die Aktivitäten der Taliban gegen afghanische Christen gerichtet sind, doch Christen, die nach Afghanistan zurückkehren, haben die Chance, das Evangelium in diesem geschlossenen und weitgehend unerreichten islamischen Land weiterzugeben. Ein christlicher Dienst hat bereits 800 afghanische Christen ausgebildet und ausgerüstet, die heimlich als Missionare in Afghanistan tätig sind. Ein weiterer Dienst, „Keys for Kids“, verteilt solarbetriebene MP3-Player namens „Storytellers“, die eine Hörbibel enthalten. Diese wurden in Afghanistan eingeführt, als ein ehemaliges Mitglied der Taliban zum Glauben an Christus kam und begann, „Storytellers“ ins Land zu bringen. In einer Reihe von Orten sind christliche Gruppen entstanden, vor allem dank dieser MP3-Initiative.

WORLDNEWS 334 Bridgeway Publications 15 September 2026

Äthiopien: Tigray – Der Eparch von Adigrat schlägt Alarm

„Wir sind völlig isoliert, humanitärer Zugang dringend erforderlich“

Adigrat (Fides) – „Es ist äußerst dringend, den Zugang für humanitäre Hilfe zu ermöglichen, den Dialog für den Frieden zu fördern und jede Form des Austauschs zu unterstützen. Wir sind vollständig isoliert. Die Kommunikationswege sind unterbrochen, und wir haben zu niemandem Kontakt.“ Das berichtet der Bischof der Eparchie Adigrat, Tesfaselassie Medhin, in einer kurzen Nachricht an den Fidesdienst. Die Mitteilung wurde mit Unterstützung von Unicef übermittelt. Die Organisation unterstützt weiterhin die Kirche und ermöglicht, wo immer es geht, einen Mindestkontakt zur Außenwelt.

„Jegliche Kommunikation ist unterbrochen. Unsere Kirche, unsere Missionsstationen, die Ordensleute und der örtliche Klerus bleiben wie immer ihrem Ort treu“, erklärt der Bischof. „Wir werden an der Seite der Bevölkerung stehen. Wir wollen konkrete Hilfe leisten oder einfach durch unsere Präsenz für die Menschen da sein. So führen wir den Auftrag der Kirche fort, die Menschwerdung Christi in der Welt sichtbar zu machen.“

Medhin beschreibt eine zunehmend schwierige Lage: „Auch die Banken sind geschlossen. Wir wissen nicht mit Sicherheit, wie unsere Seminare und Schulen ihren Betrieb aufrechterhalten können. Wir wollen unsere Arbeit jedoch fortsetzen. Wir haben keine Vorstellung davon, wie wir die Versorgung sicherstellen sollen. Nur Gott weiß es. Wir vertrauen auf die göttliche Vorsehung.“ Unterdessen verschlechtert sich die Lage in der nordäthiopischen Region Tigray weiter (vgl. Fides 30. September 2026). Am Ende der Generalaudienz am Mittwoch (30. September) äußerte Papst Leo XIV. seine „tiefe Besorgnis“ über das Wiederaufflammen der Feindseligkeiten in Tigray. Zugleich sendete er seinen Appell an alle Konfliktparteien.

„Ich richte einen eindringlichen Appell an alle Parteien, den Weg des Dialogs zu wählen“, sagte der Papst. „Ein bewaffneter Konflikt löst niemals Probleme. Er verschärft sie nur und hinterlässt eine Spur von Tod, Zerstörung und Verbitterung. Nur ein aufrichtiges Engagement kann die Grundlage für einen dauerhaften Frieden schaffen.“ Leo XIV. äußerte zudem die Hoffnung, „dass die internationale Gemeinschaft ihren großzügigen und zeitnahen Beitrag leistet, um sicherzustellen, dass alle humanitären Hilfsgüter diejenigen erreichen, die sie benötigen“.

(AP) (Fides 1/10/2026)

Deutschland: Kirche will Organisten wegen AfD-Mandat nicht mehr beschäftigen

Er hat vor dem Arbeitsgericht Kassel eine Kündigungsschutzklage erhoben

Kassel (IDEA) – Das Arbeitsgericht Kassel verhandelt über die Kündigungsschutzklage eines AfD-Kommunalpolitikers gegen den Evangelischen Stadtkirchenkreis Kassel. Das bestätigte der Sprecher des Arbeitsgerichts, Richter Thorben Gießler, auf Anfrage der Evangelischen Nachrichtenagentur IDEA. Der Musiker Thomas Sosna war mehrere Jahre lang in verschiedenen evangelischen Kirchen in der Stadt als Organist tätig. Bei den Kommunalwahlen in Hessen am 15. März trat er als Kandidat für die AfD an und wurde in die Stadtverordnetenversammlung gewählt. Wie der Kirchenkreis auf Anfrage von IDEA mitteilte, kündigte er ein Beschäftigungsverhältnis als Organist auf Stundenbasis mit Sosna im Frühjahr. Über den Grund der Kündigung könne er wegen seiner arbeitsrechtlichen Verschwiegenheitspflicht keine Auskunft geben. Die Synode des Stadtkirchenkreises Kassel habe 2025 einen Unvereinbarkeitsbeschluss gefasst, in dem festgestellt werde, dass in der Kirche nicht beruflich oder ehrenamtlich mitarbeiten könne, „wer christlichen Werten und dem Auftrag der Kirche in Wort und Tat widerspricht“. Dazu gehöre auch die öffentliche Unterstützung von rechtsextremen Positionen, wie sie in Aussagen der AfD zu finden seien.

Auch katholische Kirche beendet Zusammenarbeit

Laut einem Bericht des Hessischen Rundfunks (hr) hatte Sosna jahrelang auf Honorarbasis auch in mehreren katholischen Kirchen in Kassel gespielt. Der Pastoralreferent im katholischen Dekanat Kassel-Hofgeismar, Stefan Ahr, erklärte gegenüber dem Sender, der Musiker werde nicht mehr beauftragt. Zur Begründung erklärte er, Mandatsträger, die durch ihr Mandat für das Programm der AfD stünden, könnten nicht zugleich in einem Dienst für die Kirche tätig sein. Der stellvertretende AfD-Fraktionsvorsitzende im hessischen Landtag, Volker Richter, bezeichnete den Vorgang gegenüber dem hr als „eine Form der Ausgrenzung bis hin zur Entmenslichung“. Auf diese Weise sollten „oppositionelle Kräfte aus dem öffentlichen Leben“ gedrängt werden. Sosna selbst kritisierte laut dem Bericht, dass es an der Bereitschaft fehle, „sich mit Argumenten anderer auseinanderzusetzen und in einen Dialog ohne Vorurteile zu treten“. Die Verhandlung vor dem Arbeitsgericht ist für den 3. März 2027 angesetzt. Bei diesem Kammertermin werde voraussichtlich auch eine Entscheidung ergehen, so der Gerichtssprecher.

Deutschland: Anti-israelische Demo zum Jahrestag des Hamas-Massakers

Berlin: Polizei – Wir werden Extremisten „in die Schranken weisen“

Berlin (IDEA) – Am dritten Jahrestag des Hamas-Terrorangriffs auf Israel darf in Berlin eine anti-israelische Demonstration stattfinden. Die Kundgebung mit dem Titel „Down with Colonialism!“ (Nieder mit dem Kolonialismus) wurde für den 7. Oktober um 18 Uhr am Schlesischen Tor von einer Privatperson angemeldet. Im Internet wird dafür mit dem Slogan „Until total Liberation“ (Bis zur vollständigen Befreiung) geworben. Abgebildet ist eine Planierdraupe, die einen Zaun und Stacheldraht durchbricht. Diese Darstellung erinnert an den Terrorangriff der Hamas am 7. Oktober 2023. Damals hatten die Terroristen den Grenzzaun aus dem Gazastreifen nach Israel durchbrochen, überfielen israelische Siedlungen, töteten rund 1.200 Menschen und entführten mehr als 200 Geiseln. Wie die Berliner Polizei gegenüber der Evangelischen Nachrichtenagentur IDEA mitteilte, wird die Demonstration als pro-palästinensische Versammlung gewertet. Angemeldet seien 150 Teilnehmer. Den Angaben zufolge müssen Versammlungen grundsätzlich nicht genehmigt werden. Gemäß dem Versammlungsfreiheitsgesetz Berlin genüge eine einfache Anzeige 48 Stunden vor Beginn der Versammlung. Gleichwohl könne die Polizei Berlin als zuständige Versammlungsbehörde das Durchführen von Versammlungen verbieten, wenn dadurch „die öffentliche Sicherheit unmittelbar gefährdet ist“, so ein Polizeisprecher. Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) erklärte laut Deutscher Presse-Agentur (dpa), die Polizei sei vorbereitet, werde Extremisten „in die Schranken weisen“ und zeigen, dass es keinen Platz für antisemitisches Gedankengut gebe.

Antisraelische Demonstrationen in mehreren Städten

Nach Angaben der Wochenzeitung „Jüdische Allgemeine“ (Berlin) sind am Jahrestag der Massaker auch in Duisburg, Frankfurt am Main, Hannover und Köln israelfeindliche Demonstrationen vorgesehen. Laut der Initiative „Honestly Concerned“ (Ehrlich besorgt/Frankfurt am Main) werde der 7. Oktober auf deutschen Straßen umgedeutet. Sie bezeichnete die Aufrufe als „eine unerträgliche Verdrehung“. Die Opfer des 7. Oktober dürften in Deutschland „nicht aus der Geschichte herausgeschrieben werden“. Die Organisation fordert, Polizei und Justiz müssten bei diesen „Demonstrationen genau hinsehen und einschreiten, wo Terror gebilligt, antisemitisch gehetzt oder zu Gewalt aufgerufen wird“. Am 7. Oktober sind in Berlin mehrere Gedenkveranstaltungen für die Opfer der Hamas-Massaker angemeldet. Um 15 Uhr findet eine von mehreren Organisationen – darunter dem Zentralrat der Juden – organisierte Gedenkveranstaltung auf dem Bebelplatz statt. Dort sprechen Bundesinnenminister Alexander Dobrindt (CSU) und Israels Botschafter Ron Prosor. Um 16 Uhr folgt eine Gedenkkundgebung der Deutsch-Israelischen Gesellschaft Berlin und Brandenburg (DIG) auf dem Sderotplatz. Um 18 Uhr ist auf dem Bebelplatz zudem eine Mahnwache gegen Antisemitismus angemeldet.

Deutschland: Bremen verbietet religiöse Symbole bei Polizeieinsätzen

Christliche Polizeivereinigung: Neutralität bedeutet nicht Religionslosigkeit

Bremen (IDEA) – Polizisten im Bundesland Bremen dürfen künftig bei Einsätzen mit Bürgerkontakt keine sichtbaren religiösen Zeichen tragen. Das betrifft Kreuz, Kippa, Kopftuch und Turban gleichermaßen. Eine entsprechende Rechtsverordnung über das äußere Erscheinungsbild der Polizei hat das Bremer Innenressort vorgelegt. Hintergrund ist der Behörde zufolge ein Urteil des Verwaltungsgerichts Bremen vom März. Es hatte festgestellt, dass die bisherige Uniformordnung als Rechtsgrundlage nicht ausreicht, um das Tragen religiöser Kleidungsstücke im Dienst zu untersagen. Dafür sei eine Rechtsverordnung erforderlich. Die Verordnung unterscheidet zwischen dem Einsatz mit Bürgerkontakt und dem Innendienst. Bei Streifen, Kontrollen, Vernehmungen und allen anderen Einsätzen im öffentlichen Raum sind sichtbare religiöse Zeichen untersagt. Im Innendienst ohne Bürgerkontakt ist religiöse Kleidung hingegen erlaubt. Eine zufällige Begegnung im Flur einer Wache löst die strengeren Regeln nicht aus – entscheidend ist der gezielte Kontakt mit Menschen. Die Verordnung regelt zudem den Umgang mit Tätowierungen. An den Armen dürfen sie sichtbar sein, im Gesicht und am Hals müssen sie abgedeckt werden. Ohne Ausnahme verboten sind Motive, die Gewalt verherrlichen, Menschen herabsetzen oder auf Extremisten und kriminelle Gruppen verweisen.

Senatorin: Das ist keine Entscheidung gegen den Glauben

Innensenatorin Eva Högl (SPD) betonte, dass die Polizei für alle Menschen in Bremen und Bremerhaven da sei, unabhängig davon, woran sie glaubten. „Wenn eine Polizistin an der Tür klingelt, dann zählt die Uniform.“ Sie stehe für einen Staat, der niemanden bevorzuge. Die Verordnung richte sich nicht gegen den Glauben: „Das ist keine Entscheidung gegen den Glauben. Religion hat ihren Platz bei der Polizei.“ Im Einsatz trete die Person hinter ihr Amt zurück. Nur so entstehe Vertrauen.

Clas: Dezent es christliches Symbol ist mit staatlicher Neutralität vereinbar

Der Bundesvorsitzende der Christlichen Polizeivereinigung (CPV), Erster Kriminalhauptkommissar a. D. Holger Clas (Hamburg), hält die Bremer Regelung für zu weitgehend. Auf Anfrage der Evangelischen Nachrichtenagentur IDEA erklärte er, Polizisten seien im Dienst zwar zu religiöser und weltanschaulicher Neutralität verpflichtet: „Neutralität bedeutet für mich aber nicht Religionslosigkeit. Ein Beamter wird nicht dadurch parteiisch, dass er ein kleines Kreuz trägt.“ Man dürfe die deutsche Geschichte und Kultur nicht ausblenden. Der Text des Grundgesetzes erwähne gleich zu Beginn die Verantwortung vor Gott. Bis heute entschieden sich viele Beamte bei ihrer Vereidigung bewusst für die religiöse Formel „So wahr mir Gott helfe“. Deutschland sei kulturell wesentlich vom christlich-abendländischen Menschenbild geprägt. „Deshalb bin ich überzeugt, dass auch ein dezent es sichtbares christliches Symbol mit der staatlichen Neutralität eines Polizeibeamten vereinbar ist.“ Der Staat müsse für alle Bürger unabhängig von Religion und Weltanschauung gleichermaßen da sein: „Aber ein neutraler Staat braucht keine glaubensneutralen Menschen.“ Christliche Werte wie die Achtung der Menschenwürde, Nächstenliebe, Gerechtigkeit und Verantwortung könnten gerade im Polizeiberuf eine wertvolle Orientierung für die Dienstaussübung sein. Entscheidend sei, dass ein Polizist jedem Menschen mit derselben Achtung begegne sowie Recht und Gesetz ohne Ansehen der Person durchsetze.

Keine bundesweit einheitliche Regelung

Wie Clas gegenüber IDEA weiter erläuterte, gibt es keine bundesweit einheitliche Regelung zum Tragen religiöser Symbole bei der Polizei. Das Beamtenstatusgesetz (§ 34 Abs. 2) erlaube zwar Einschränkungen religiös geprägter Erscheinungsmerkmale, wenn diese objektiv geeignet seien, das Vertrauen in die neutrale Amtsführung zu beeinträchtigen. Die konkrete Ausgestaltung liege jedoch bei den Ländern. Grundsätzlich neu sei der Bremer Ansatz zudem nicht: Berlin etwa habe bereits seit 2005 ein Neutralitätsgesetz, nach dem Polizeibeamte im Dienst keine sichtbaren religiösen oder weltanschaulichen Symbole und keine auffallend religiös geprägten Kleidungsstücke tragen dürfen. Bremen schaffe dafür nun eine eigene ausdrückliche Rechtsgrundlage.

Deutschland: Fast jeder Dritte sagt – Juden können in Deutschland nicht sicher leben

Ältere Befragte sind teilweise deutlich häufiger dieser Meinung als jüngere

Erfurt (IDEA) – Fast jeder dritte Deutsche (31 Prozent) ist der Meinung, dass Juden in Deutschland nicht sicher leben können. Das ergab eine Umfrage des Markt- und Sozialforschungsinstituts INSA-Consulere (Erfurt) im Auftrag der Evangelischen Nachrichtenagentur IDEA. Eine relative Mehrheit von 48 Prozent ist anderer Meinung. 18 Prozent antworteten mit „Weiß nicht“, vier Prozent machten keine Angabe. Frauen glauben deutlich häufiger als Männer, dass Juden in Deutschland nicht sicher leben können (34 Prozent gegenüber 27 Prozent). Westdeutsche teilen diese Einschätzung häufiger als Ostdeutsche (32 Prozent gegenüber 24 Prozent). Ältere Befragte beurteilen die Sicherheit von Juden in Deutschland pessimistischer als jüngere (18- bis 29-Jährige: 23 Prozent; 30- bis 39-Jährige: 25 Prozent; 40- bis 49-Jährige: 34 Prozent; 50- bis 59-Jährige: 30 Prozent; 60- bis 69-Jährige: 27 Prozent; über 70-Jährige: 43 Prozent). Unter den Mitgliedern der christlichen Konfessionen glauben die landeskirchlichen Protestanten mit 33 Prozent am häufigsten, dass Juden in Deutschland nicht sicher leben können (Katholiken: 30 Prozent; Freikirchler: 29 Prozent). Bei den Muslimen tun es 25 Prozent, bei den Konfessionslosen 32 Prozent. Unter den Anhängern der politischen Parteien sind die Sympathisanten der Grünen mit 40 Prozent am häufigsten dieser Meinung, gefolgt von den Parteigängern der SPD (34 Prozent), der CDU/CSU (33 Prozent), der AfD und der Linken (jeweils 29 Prozent). Für die Erhebung im Zeitraum vom 2. bis 5. Oktober 2026 zu der Frage: „Können Juden Ihrer Meinung nach in Deutschland sicher leben?“ hat INSA 2.002 Bundesbürger online befragt. Die Ergebnisse sind repräsentativ für die volljährige Bevölkerung in Deutschland sowie nach Geschlecht, Alter und Region.

EU: EU-Parlament in Straßburg

Rima Hassan reißt Israelflagge ab

(Von Israelnetz/ 7. Oktober 2026) Die französische EU-Abgeordnete [Rima Hassan](#) hat am Montag im Europäischen Parlament in Straßburg eine Ausstellung für die Opfer des Hamas-Massakers beschädigt. Sie warf die israelische sowie die Europa-Flagge zu Boden. Die Aktion sei bei Mitabgeordneten auf Empörung gestoßen, berichtet die Nachrichtenseite „Euro News“. Hassan drohen nun eine Rüge, ein befristeter Ausschluss von Parlamentstätigkeiten sowie die zeitweise Streichung der Tagesgeldpauschale. Die Abgeordnete gab zu, die israelische Flagge entfernt zu haben. Die europäische sei hingegen wegen des „Ungleichgewichts“ heruntergefallen. (mw)

Gaza: Zwei Christinnen bei israelischem Luftangriff getötet

Die Frau und ihre Tochter halfen Gemeindemitgliedern und Vertriebenen

Gaza-Stadt (IDEA) – Bei einem israelischen Luftangriff auf ein Wohnhaus in Gaza-Stadt sind zwei palästinensische Christinnen getötet worden. Die Frau und deren Tochter gehörten nach Angaben des Nachrichtenportals „Christian Daily International“ zu mindestens fünf Menschen, die dabei ums Leben kamen. Nach Angaben des israelischen Militärs richtete sich der Angriff in der Nacht zum 2. Oktober gegen einen hochrangigen Hamas-Führer. „Christian Daily International“ zufolge hätten sich die getöteten Frauen nach Auskunft eines palästinensischen Beamten in einer zur Kirche der Heiligen Familie in Gaza gehörenden Unterkunft um Gemeindemitglieder und Vertriebene gekümmert. Laut dem griechisch-orthodoxen Patriarchat von Jerusalem handelt es sich bei den Opfern um Maysa Khader Ibrahim Abu Daoud und ihre Tochter Mary Hafez Michel Al-Najjar. Nach Angaben von „Vatican News“ bekundeten der Lateinische Patriarch von Jerusalem, Kardinal Pierbattista Pizzaballa, und Vertreter der griechisch-orthodoxen Kirche ihre Trauer über den Tod der Frauen. Die Beisetzung sei in der griechisch-orthodoxen Pfarrei St. Porphyrius in Gaza erfolgt.

Israel: Hamas-Terrorist solltte „eliminiert“ werden

Die israelischen Streitkräfte (IDF) erklärten auf dem Kurznachrichtendienst X, sie hätten gemeinsam mit dem Inlandsgeheimdienst den Angriff durchgeführt. Ziel sei es gewesen, „den Terroristen Ali Ahmed Al-Amoudi, den stellvertretenden Vorsitzenden des politischen Büros der Hamas in Gaza, zu eliminieren“. Nach Angaben der IDF fungierte Al-Amoudi als rechte Hand und persönlicher Assistent des getöteten Hamas-Anführers Yahya Sinwar und sei „an der Entscheidungsfindung im Zusammenhang mit dem Massaker vom 7. Oktober beteiligt“ gewesen. Ob Al-Amoudi getötet wurde, teilte die IDF nicht mit. Der Angriff erfolgte während einer seit Oktober 2025 vereinbarten Waffenruhe.

Söhne hatten versucht, Mutter und Schwester aus Gaza zu holen

Wie „Christian Daily International“ berichtet, starb Maysas Ehemann laut Auskunft einer aus dem Gazastreifen stammenden Frau vor einem Jahr eines natürlichen Todes. Sie sei Mutter von zwei Söhnen gewesen: Einer lebe im Westjordanland, der andere in Deutschland. Beide hätten seit langem versucht, ihre Mutter und ihre Schwester aus dem Gazastreifen herauszuholen.

Indonesien: Muslim mit Machete stört christlichen Gottesdienst

Christen streben die strafrechtliche Verfolgung eines mit einer Machete bewaffneten Muslims an, der mit Blutvergießen gedroht hatte, sollte eine Gemeinde auf der indonesischen Insel Java den Gottesdienst fortsetzen. Nach der Störung des Gottesdienstes am 20. September entschuldigte sich der Muslim später bei einem Treffen zur Klärung der Angelegenheit im Dorf Mekarsari, Bezirk Rajeg, Regentschaft Tangerang, Provinz Banten; doch Behörden schlossen anschließend das Kirchengelände, und die Kläger fordern, dass der Angreifer dennoch rechtlich zur Rechenschaft gezogen werden muss.

„Wenn dieser Fall nicht rechtlich geklärt wird, würden sich die Täter aufgrund ihrer Behauptung, die Mehrheit zu vertreten, als immun gegenüber dem Gesetz betrachten – die Auswirkungen wären enorm; verschiedene intolerante Gruppen würden es ihnen gleichtun“, erklärte Bonar Tigor Naipospos vom Setara-Institut für Demokratie und Frieden gegenüber Morning Star News. „Stellen Sie sich vor, jemand droht, Sie zu töten, entschuldigt sich dann aufgrund des öffentlichen Drucks mit Versprechungen und Krokodilstränen und geht anschließend ungestraft davon.“

Der wahre Test für Indonesiens Engagement für Religionsfreiheit im Rahmen seines überarbeiteten Strafgesetzbuchs wird in der konsequenten und unparteiischen Durchsetzung liegen – unabhängig davon, ob die Welt zusieht oder nicht, sagte Bonar, leitender Forscher und stellvertretender Vorsitzender bei Setara. Vier Muslime störten den Gottesdienst der Indonesischen Protestantischen Christlichen Kirche (GKPI); ein Video zeigt, wie einer von ihnen – der später als der 29-jährige Aji Cahyono Putra identifiziert wurde – eine Machete schwang und Christen am Eingang des Gebetshauses bedrohte, als Kirchenführer ihn zur Rede stellten. „Nie wieder [hier Gottesdienst]. Macht das nicht noch einmal“, schreit Aji einen Gemeindeglied an, das ihm an der Tür begegnete, wie das Video zeigt. „Das ist mir egal. Schließt es jetzt und für immer.“

Begleitet von mehreren jungen Männern und unter den Blicken Dutzender Zeugen sagt Aji laut Video zu den Gemeindegliedern: „Mit wem stimmt ihr das ab? Welcher Nachbarschaftsvorsteher hat das koordiniert? Ich entschuldige mich“, sagt er sarkastisch, „aber anstatt dass es heute hier mit mir zu einem Blutvergießen kommt – ich habe keine Angst zu sterben –, wird es drinnen zu einem Blutvergießen kommen, wenn ihr es nicht schließt. Ja, ich habe keine Angst vor dem Tod ... Für Allah habe ich keine Angst vor dem Tod.“

Zu den Unruhen, die die 40 Gemeindeglieder dazu veranlassten, die Kirche sofort zu verlassen, gehörten auch Stimmen aus der Nähe, die auf dem Video zu hören sind und sagen: „Mushollas [Gebetsräume] ohne Genehmigung, davon haben wir noch nie gehört ... Hey, wir sind die Mehrheit.“ Artikel 303 des Strafgesetzbuchs (KUHP), der am 2. Januar in Kraft getreten ist, besagt: „Wer durch Gewaltanwendung oder Androhung von Gewalt rechtmäßige Gottesdienste oder religiöse Zeremonien stört, behindert oder auflöst, wird mit Freiheitsstrafe bis zu zwei Jahren bestraft.“ Schwerere Strafen von bis zu fünf Jahren Freiheitsentzug können verhängt werden, wenn die Tat mit schwerer Gewalt, einem Angriff auf eine Kultstätte oder Elementen religiös motivierter Feindseligkeit bzw. Hass einhergeht.

Artikel 300 des KUHP besagt: „Wer öffentlich Hass äußert oder zu Diskriminierung und Gewalt gegen eine andere Religion oder Weltanschauung aufstachelt, wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren bestraft.“ Die Forderung nach Schließung der Gebetsstätte wurde bei einem Schlichtungstreffen am selben Abend (20. September) im Bezirksamt Rajeg in Mekarsari fortgesetzt.

Die Parteien erzielten eine nicht näher bekannt gegebene Einigung, die angeblich „Frieden“ herbeiführen sollte; doch elf Stunden später beschloss der Regierungsvertreter von Tangerang, Maesyal Rasyid, Berichten zufolge, das Gebetshaus offiziell zu schließen, mit der Begründung, es sei zu klein für die Gemeinde. Gugun Gumilar, Sonderbeauftragter des Ministeriums für religiöse Angelegenheiten für Harmonie, und der Regent von Tangerang, Maesyal Rasyid, waren bei der Schlichtungssitzung anwesend. Berichten zufolge nahmen auch Beamte der Regentschaft, des Bezirks und des Büros des Ministeriums für religiöse Angelegenheiten in Tangerang sowie Verwaltungsmitarbeiter des Forums für interreligiöse Harmonie, Gemeindevorsteher, religiöse Führer und andere relevante Parteien teil.

Aji entschuldigte sich bei dem Treffen für die Störung, die er mit der scharfen Waffe verursacht hatte, und gab an, er habe die Machete bei sich getragen, weil er gerade vom Grasmähen für sein Vieh zurückgekehrt sei und an einer islamischen Kulturveranstaltung teilgenommen habe. „In meinem eigenen Namen, Cahyono Putra, entschuldige ich mich zutiefst bei den Christen für die Störung, die heute Nachmittag auf dem Feld aufgrund meines Fehlers entstanden ist, nachdem ich von einer Gedenkveranstaltung zurückgekehrt war und Gras gemäht hatte und daher eine scharfe Waffe bei mir trug. Ich entschuldige mich aufrichtig“, sagt er in einem Video.

Der GKPI-Vertreter Hadi Sucipto erklärte, er akzeptiere die Einigung und werde die Angelegenheit nicht weiter verfolgen. Zu diesem Zeitpunkt einigten sich beide Seiten Berichten zufolge darauf, keine rechtlichen Schritte einzuleiten. „Wir akzeptieren die Entschuldigung, und die Angelegenheit wurde durch Beratungen und Vermittlung geklärt“, sagte Hadi. Die Einigung scheiterte jedoch, als der Regierungsvertreter von Tangerang, Maesyal Rasyid, laut Kabarterdepan.com beschloss, das Gebetshaus offiziell zu schließen. „Rasyid begründete dies damit, dass das Gebetshaus zu klein und für die Gemeinde ungeeignet sei“, sagte der Kirchenälteste Surya Sarjono Lumban Gaol Berichten zufolge und fügte hinzu, dass die Gemeinde gezwungen war, ihren Gottesdienst am 27. September in den Häusern von Gemeindemitgliedern abzuhalten.

Gugun vom Ministerium für religiöse Angelegenheiten drückte in der Sendung „Primetime News“ von Metro TV am 22. September sein Bedauern über den Vorfall aus. Er erklärte, das Gebetshaus sei seit vier Jahren in Betrieb und verfüge über eine Registrierungsbescheinigung (SKTL) des Ministeriums für religiöse Angelegenheiten.

„Bitte betet dort wieder, denn niemand darf euch das verbieten“, sagte Gugun. „Wir bedauern zutiefst die gewalttätigen Handlungen der Anwohner, die scharfe Waffen trugen. Die Störung der Religionsausübung ist eine Straftat, die im KUHP geregelt ist.“ Besorgnis und Kritik kamen laut Kompas.com auch von verschiedenen Demokratie-, Menschenrechts- und Friedensorganisationen wie der Nationalen Menschenrechtskommission Indonesiens, Amnesty International Indonesien und Setara. Sie würdigten zwar die Vermittlungsbemühungen, erklärten jedoch, dass solche Einigungen zu oberflächlich seien, um den Geschädigten Sicherheit zu bieten.

Die Vorsitzende der Nationalen Menschenrechtskommission, Anis Hidayah, erklärte, die Handlungen der Muslime verstießen gegen die durch die Verfassung garantierten Bürgerrechte. „Solche Handlungen fallen unter den Begriff der Verfolgung, die nicht zu rechtfertigen ist, da das Recht auf Religionsausübung in der Verfassung garantiert ist“, sagte Anis. „Natürlich lässt sich Gewalt aus keinem Grund rechtfertigen und darf nicht toleriert werden, auch nicht bei Genehmigungsfragen – das sind Verwaltungsangelegenheiten. Daher können sie keine Rechtfertigung für Gewalt und Verfolgung sein.“

Der stellvertretende Direktor von Amnesty International Indonesien, Wirya Adiwena, forderte die Polizei nachdrücklich auf, die strafrechtlichen Verfahren gegen diejenigen fortzusetzen, die den Gottesdienst gestört haben, insbesondere gegen den Mann mit der Machete. „Eine Schlichtung ohne rechtliches Verfahren sendet eine irreführende Botschaft an die breite Öffentlichkeit, dass die Störung von durch die Verfassung garantierten Gottesdiensten durch Verhandlungen ohne rechtliche Rechenschaftspflicht gelöst werden kann“, erklärte Wirya auf der Website von Amnesty.

Angesichts der kursierenden Kritik und Verurteilungen reichten mehrere Parteien Strafanzeigen ein. Ismail Tinambunan, ein christlicher Student und Mitglied der Indonesischen Christlichen Studentenbewegung (GMKI), erstattete am 22. September Strafanzeige bei der Polizei und rief die Öffentlichkeit dazu auf, die rechtlichen Schritte zu unterstützen. Im Namen der GKPI-Gemeinde des Dorfes Mekarsari legten die Rechtsanwälte Tulus Pardosi, Edi Sianipar und Rehan Pangestu Berichten zufolge am 21. September bei der Polizei des Bezirks Tangerang Strafanzeige wegen Störung des Gottesdienstes und Drohungen ein.

„Es sind friedliche Prozesse in der Gesellschaft abgelaufen, das ist gut“, soll Tulus gesagt haben. „Aber die strafrechtliche Verantwortung darf nicht außer Kraft gesetzt werden.“ Auch Rechtsanwalt Muhamad Rehan Pangestu erstattete laut Tempo.co am 21. September Strafanzeige bei der Polizei der Stadt Tangerang. Verschiedenen Quellen zufolge befragte die Polizei mindestens acht Zeugen. Die Gemeinschaft der Kirchen in Indonesien (PGI) forderte rechtliche Schritte.

„Wir verurteilen die gewaltsame Auflösung des GKPI-Gottesdienstes in Rajeg, Tangerang, aufs Schärfste“, sagte Jacky F. Manuputty von der PGI laut Tirto.id. „Die Behörden müssen rechtliche Schritte gegen diejenigen einleiten, die zu dieser Tat angestiftet haben, insbesondere gegen Anwohner, die Macheten bei sich trugen, damit herumfuchtelten und dort mit Blutvergießen drohten.“ Gebetshäuser benötigen im Gegensatz zu Kirchengebäuden keine Genehmigung, sagen Menschenrechtsaktivisten. Der Vorfall wurde in den sozialen Medien von Christen und Muslimen auf breiter Front verurteilt.

<https://morningstarnews.org/2026/10/machete-wielding-muslim-disrupts-christian-worship-in-indonesia/>

Indonesien: Wegen Israel-Solidarität

Konzert von US-Gospelsänger Israel Houghton abgesagt

Weil er sich zu Israel bekennt, darf US-Gospelsänger Israel Houghton nicht in Indonesien auftreten. Das Land steht Israel ablehnend gegenüber und auch Christen haben es dort schwer.

(Von Swanhild Brenneke vom 7. Oktober 2026 aus PRO) Der amerikanische Sänger Israel Houghton sollte eigentlich in Jakarta in Indonesien am 24. Oktober ein Konzert spielen. Das Land hat den Auftritt nun aber abgesagt. Der Grund: Houghton bekennt öffentlich seine Solidarität mit dem Staat Israel.

Der Sänger habe schon in anderen Ländern seine Konzerte dafür genutzt, um politische Unterstützung für Israel zu äußern, sagte Indonesiens Justizminister Yusril Ihza Mahendra nach Angaben der [Deutschen Presseagentur \(dpa\)](#). Houghton hatte unter anderem im Oktober 2023, nach dem Terrorangriff der Hamas, erklärt: „Ich stehe an der Seite Israels.“

Der Staat Indonesien lehne christliche Gospelsmusik nicht generell ab, heiße es in einer Erklärung. Jedoch würden Bestrebungen, „die dem Kampf des palästinensischen Volkes schaden, nicht im Einklang mit dem Denken und den Bestrebungen unserer eigenen Gesellschaft stehen.“ Der Konzertsabsage sollen pro-palästinensische Proteste vorausgegangen sein.

US-Sänger Israel Houghton ist mit seiner Gospelsmusik international erfolgreich. Unter anderem wurde er bereits mit acht Grammys ausgezeichnet.

Irak: Kirchen werden wiedereröffnet

Zwei der ältesten Kirchengebäude in Mosul im Irak wurden restauriert und wiedereröffnet, nachdem sie vor vielen Jahren durch Angriffe des IS schwer beschädigt worden waren. Für die Christen vor Ort ist dies ein Symbol der Hoffnung, da sie damit das öffentliche Ansehen der Kirche wiederherstellen. Betet dafür, dass die Gläubigen weiterhin Ermutigung erfahren, damit sie frei ihren Glauben ausüben und ihre Gemeinschaften in Frieden wiederaufbauen können. In einem traumatisierten Land kommt der Kirche eine einzigartige Rolle bei der Heilung, Versöhnung und Erneuerung zu.

WORLDNEWS 334 Bridgeway Publications 15 September 2026/ bearb. AKREF

Iran: Gewalt und Todesfälle

Opfer der Islamischen Republik

(IGFM) Am Montag, den 5. Oktober, wurden die Todesurteile gegen **Alireza Raisi** und **Alireza Sepahi** vollstreckt. Die beiden gehörten zu den während der Proteste im **Januar 2026** Festgenommenen und waren im sogenannten „**Fall des Alikhani-Platzes**“ in Isfahan verurteilt worden. Ihre Gerichtsverfahren wurden überstürzt durchgeführt und ihre Anwälte hatten kaum oder gar keinen Zugang zu ihnen.

Weitere Menschenrechtsverletzungen inmitten des Krieges

Wie die IGFM erfahren hat, sind laut dem Generalsekretär des „**Nurses’ House**, **Mohammad Sharifimoghaddam**, rund **70.000 Pflegekräfte** aufgrund von Existenzsorgen und schlechten Arbeitsbedingungen **zu Hause geblieben**. Er erklärte außerdem, dass die Gehälter von Pflegekräften derzeit **zwischen 530 und 593 Euro** liegen.

Er nannte zudem **Personalmangel** und die Zurückhaltung von Absolventen der Krankenpflege, in das Gesundheitswesen einzusteigen, als Faktoren, die den Druck auf die berufstätigen Pflegekräfte erhöhen. Laut Sharifimoghaddam führen lange und anstrengende Schichten zu weitverbreitetem **Burnout** sowie zu **körperlichen und psychischen Gesundheitsproblemen**.

Alireza Jafari-Assar, **Seyed Mohammad Seyed-Oboudi** und **Hossein Mohammadi** wurden jeweils zu einer vorübergehenden zweisemestrigen Suspendierung vom Studium verurteilt. Damit wurde diesen **Studenten der Zutritt zur Universität untersagt**. Die Disziplinarentscheidungen gegen die drei Studierenden wurden nach Prüfung durch den Zentralrat des Wissenschaftsministeriums bestätigt.

Israel: 170 „Journalisten“ als Terroristen identifiziert

Kritik an Presse

(Von Israelnetz/ 2. Oktober 2026) Die israelische Armee hat am Donnerstag 170 [vermeintliche Journalisten](#), die im Gazastreifen getötet wurden, als Terroristen enttarnt. Auf einer [Website](#) veröffentlichte sie Angaben zur Identität und Zugehörigkeit der Personen. Dabei stützte sich die Armee auf Dokumente der Terrorgruppen. Demnach gehörten die Gelisteten mehrheitlich der Hamas an, gefolgt vom „Islamischen Dschihad“. Armee-Sprecher Effie Defrin erklärte auf X: „Eine Kamera verleiht Terroristen keine Immunität.“ Zudem prangerte er die internationale Presse an: Sie beschuldige israelische Soldaten, ohne vorher Fakten zu prüfen. (mw)

Israel: Luftschlag im Gazastreifen

Armee: Terrorist getötet, der sich als humanitärer Helfer darstellte

(Von Israelnetz/5. Oktober 2026) Die israelische Armee hat am Sonntag die Tötung des Hamas-Terroristen Sakr Kaisi bekannt gegeben, der sich als humanitärer Helfer ausgegeben hatte. Demnach leitete er die türkische Organisation „Deniz Feneri“. Diese präsentiere sich nach außen als „Hilfsorganisation“, unterhalte jedoch Kontakte mit leitenden Terroristen der Hamas. Kaisis Rolle sei es gewesen, Terroristen anzuwerben und mit Geldern auszustatten. Die aufgedeckte Verbindung „stellt eine zynische Ausnutzung des humanitären Bereichs zur Unterstützung terroristischer Aktivitäten dar“, erklärte die Armee. (mw)

Malawi: 100-jährige Jubiläum des Weltmissionssonntags

MZUZU (Fides) – Die katholische Kirche in Malawi feierte am Sonntag, dem 4. Oktober, im Mzuzu-Stadion das hundertjährige Jubiläum des Weltmissionssonntags, der 1926 von Papst Pius XI. als Anlass zum Gebet und zur Sammlung von Mitteln zur Unterstützung der Arbeit der Missionare weltweit ins Leben gerufen wurde.

An der Feier, die sich auf das Thema der Botschaft zum Weltmissionssonntag 2026 „Eins in Christus, vereint in der Mission“ konzentrierte, nahmen Bischöfe, Priester, Ordensleute, Laien, Regierungsvertreter und Gäste verschiedener christlicher Konfessionen teil. Das hundertjährige Jubiläum bot Gelegenheit, an den Weg der Kirche in diesem Land zu erinnern und an den Beitrag der Missionare und Gläubigen, die durch Gebet, Opferbereitschaft und Großzügigkeit die Verbreitung des Evangeliums gefördert haben. Die missionarische Zusammenarbeit und die Arbeit der Päpstlichen Missionswerke (POM) haben zum Wachstum der Ortskirche beigetragen, indem sie sich an der Verkündigung des Evangeliums, der Katechese, der Ausbildung von Priestern und Ordensleuten, der Bildung sowie an Projekten im Bereich der Gesundheitsversorgung und der humanitären Entwicklung beteiligt haben.

Die Zeichen dieses großzügigen Beitrags zeigen sich in dem lebendigen Netzwerk des guten Lebens, das sich rund um Kirchen, Schulen, Krankenhäuser, Gemeinschaften und Priesterseminare im ganzen Land entfaltet. Im Verlauf der Veranstaltung hob Bischof Vincent Mwakhwawa, Vorsitzender der Missionskommission der Bischofskonferenz von Malawi, die Rolle der POM für das Wachstum der Ortskirche hervor und lud die Pfarreien ein, sich an der Spendensammlung zum Weltmissionssonntag zu beteiligen. Die Spenden fließen in den Universellen Solidaritätsfonds, über den die Kirche von Malawi zur Unterstützung von Gemeinschaften und Missionswerken weltweit beiträgt.

Ein Zeichen für die wachsende Beteiligung der malawischen Kirche an der Weltmission sind die Spenden. Pater Peter Ephraim Madeya, Landesleiter der POM in Malawi, berichtete, dass die Beiträge zum Universellen Solidaritätsfonds im Jahr 2025 um 80 % gestiegen seien, und äußerte die Hoffnung auf eine noch größere Resonanz im Jahr des hundertjährigen Jubiläums. Laut Madeya wandelt sich Malawi zunehmend von einer Kirche, die Missionshilfe empfängt, zu einer Kirche, die sich im Gebet und bei der Sammlung von Mitteln für die Mission der Weltkirche engagiert.

Bei der Feier wurde auch der Beitrag der Laien zur Missionsarbeit hervorgehoben. Mit der Kraft der in der Taufe empfangenen Gnade ist jeder Katholik aufgerufen, in seiner Familie, in der Pfarrei, am Arbeitsplatz und in der Gemeinschaft missionarisch tätig zu sein. Die getauften Katholiken wurden eingeladen, für die Missionen zu beten, sich bewusst zu engagieren und einen Beitrag zum Universellen Solidaritätsfonds zu leisten.

Zudem wurde der Beitrag der POM in den Bereichen Bildung, Gesundheitswesen, Sozialdienste und menschliche Entwicklung gewürdigt. Zum Thema missionarische Ausbildung betonte Pater Dinh Anh Nhue Nguyen, Generalsekretär der Päpstlichen Missionswerke, die Verantwortung jedes Getauften für die Mission der Kirche. Seine Anwesenheit unterstrich zudem die Verbundenheit zwischen der Kirche in Malawi und der Weltkirche sowie die Vorstellung, dass die Mission dem gesamten Volk Gottes gehört.

In seiner Predigt forderte Bischof Peter Adrian Chifukwa, Bischof von Dedzam, die Katholiken auf, ihre missionarische Identität zu stärken, und sprach von der Notwendigkeit, christliche Gemeinschaften, Familien und Eltern zu authentisch missionarischen Einheiten zu machen. Eine missionarische Gemeinschaft ist dazu berufen, ihr Umfeld zu erreichen und Christus zu den anderen zu bringen; eine missionarische Familie, den Glauben zu bezeugen und ihn an die neuen Generationen weiterzugeben; Eltern dazu, die ersten Zeugen und Erzieher des Glaubens im eigenen Zuhause zu sein. Das hundertjährige Jubiläum wird somit nicht nur als Feier der Vergangenheit dargestellt, sondern als Beginn einer neuen missionarischen Phase. Nach einem Jahrhundert, in dem Malawi Unterstützung durch die missionarische Zusammenarbeit erhalten hat, ist die Ortskirche zunehmend dazu aufgerufen, ihre Gaben mit der Weltkirche zu teilen.

Für die nächsten hundert Jahre nennt das Dokument als Prioritäten eine vertiefte missionarische Ausbildung, engagiertere Familien und Gemeinschaften, mehr Großzügigkeit und eine erneuerte Einbindung jedes Getauften in die Mission, das Evangelium Jesu zu verkünden und zu bezeugen.

(EG) (Fides, 7/10/2026).

Nigeria: Neue Gräueltaten

„Die drei im Dorf Gassa getöteten Christen sind Ishaya Pam Dung (47), Barnabas Gyang Jack (23) und Manasseh Luka Mushwer (26)“, sagte er und fügte hinzu, dass zwei weitere Christen im Dorf Rubung getötet wurden.

Joyce Ramnap, Informationsbeauftragte des Bundesstaates Plateau, bestätigte diese Angriffe.

„Einige Gemeinden im Bundesstaat Plateau sind bereits seit einiger Zeit Ziel von Angriffen“, sagte sie. „Wir verurteilen diese Angriffe und appellieren an die Bewohner dieser Gemeinden, Ruhe zu bewahren, während Anstrengungen unternommen werden, um die Gewalt einzudämmen.“

Unterdessen ist die Identität eines getöteten Baptistenpastors bekannt geworden, der am 20. September in der Gemeinde Kantoma im Gebiet Barkin Ladi ums Leben kam. Die Ehefrau des Pastors nannte bei einer Trauerfeier am 25. September seinen Namen: Rev. Andy Samuel, 53.

Laut der „World Watch List 2026“ von Open Doors wurden vom 1. Oktober 2024 bis zum 30. September 2025 in Nigeria mehr Christen getötet als in jedem anderen Land. Von den 4.849 Christen, die in diesem Zeitraum weltweit wegen ihres Glaubens getötet wurden, waren 3.490 – 72 Prozent – Nigerianer, ein Anstieg gegenüber 3.100 im Vorjahr. Nigeria belegte Platz 7 auf der WWL-Liste der 50 Länder, in denen es am schwierigsten ist, Christ zu sein.

Die überwiegend muslimischen Fulani, deren Zahl sich in Nigeria und der Sahelzone auf Millionen beläuft, bestehen aus Hunderten von Clans mit vielen verschiedenen Abstammungslinien, die keine extremistischen Ansichten vertreten; einige Fulani bekennen sich jedoch zu einer radikalislamistischen Ideologie, wie die britische Allparteien-Parlamentsgruppe für internationale Glaubensfreiheit (APPG) in einem Bericht aus dem Jahr 2020 feststellte.

„Sie verfolgen eine Strategie, die mit der von Boko Haram und ISWAP vergleichbar ist, und zeigen eine klare Absicht, Christen und wichtige Symbole christlicher Identität ins Visier zu nehmen“, heißt es in dem APPG-Bericht.

Christliche Führer in Nigeria äußerten die Ansicht, dass die Angriffe von Viehhirten auf christliche Gemeinden im „Middle Belt“ Nigerias durch deren Bestreben motiviert seien, das Land der Christen gewaltsam zu übernehmen und den Islam durchzusetzen, da es ihnen aufgrund der Wüstenbildung schwerfällt, ihre Herden zu ernähren.

In der nordzentralen Zone des Landes, in der Christen häufiger anzutreffen sind als im Nordosten und Nordwesten, greifen islamistische Fulani-Milizen laut dem Bericht Bauerngemeinden an und töten dabei viele Hunderte Menschen, vor allem Christen. Dschihadistische Gruppen wie Boko Haram und die Splittergruppe „Islamischer Staat in der Provinz Westafrika“ (ISWAP) sind unter anderem auch in den nördlichen Bundesstaaten des Landes aktiv, wo die Kontrolle der Bundesregierung nur spärlich ist und Christen sowie ihre Gemeinden weiterhin Ziel von Überfällen, sexueller Gewalt und Morden an Straßensperren sind, so der Bericht. Entführungen zur Erpressung von Lösegeld haben in den letzten Jahren erheblich zugenommen.

Die Gewalt hat sich auf die südlichen Bundesstaaten ausgeweitet, und im Nordwesten ist eine neue dschihadistische Terrorgruppe namens Lakurawa entstanden, die mit modernem Waffenarsenal ausgestattet ist und eine radikal-islamistische Agenda verfolgt, wie die WWL feststellte. Lakurawa steht in Verbindung mit der expansionistischen Al-Qaida-Rebellengruppe „Jama'a Nusrat ul-Islam wa al-Muslimin“ (JNIM), die ihren Ursprung in Mali hat.

<https://morningstarnews.org/2026/10/attacks-in-plateau-state-nigeria-claim-lives-of-12-christians/>

Bewaffnete Fulani haben in Nigeria am 4. Oktober in einem Dorf im Bezirk Bokkos im Bundesstaat Plateau zwei Christen erschossen und am Samstag im Bezirk Riyom vier weitere, wie aus informierten Kreisen verlautete.

„Am 4. Oktober wurden im Dorf Mangor zwei Christen von Fulani-Hirten getötet und drei weitere verletzt“, berichtete der lokale Jugendleiter Bwefang Sunday gegenüber Christian Daily International-Morning Star News. „In Bokkos haben Hirten diese Woche Angriffe auf die Dörfer Mangor und Bakanuk verübt.“

In derselben Nacht informierte Joshua Ishaku „Christian Daily International-Morning Star News“ über den nächtlichen Angriff auf das Dorf Bakanuk im Bezirk Bokkos.

„In Bakanuk findet gerade ein Angriff statt“, sagte Ishaku. „Das verletzte christliche Opfer wird derzeit im Jos University Teaching Hospital medizinisch versorgt.“

Der Anwohner Emmanuel Mashingil identifizierte den verwundeten Christen als Mangai Godfrey.

Im Bezirk Riyom im Bundesstaat Plateau töteten bewaffnete Fulani am Samstag (3. Oktober) bei Angriffen auf zwei Dörfer vier Christen, wie aus Quellen verlautete.

„Bewaffnete Fulani-Terroristen haben das Dorf Rim angegriffen, wo sie zwei Christen töteten“, teilte der Anwohner Bulus Davou Christian Daily International-Morning Star News in einer SMS mit. „In derselben Nacht drangen sie auch in das Dorf Wereng ein, eine weitere christliche Gemeinde, wo zwei Christen, Joel Bwede (39) und Justice Dadong (22), getötet wurden.“

Das überwiegend christliche Dorf Jol im Riyom County wurde am Dienstagabend (6. Oktober) gegen 21 Uhr angegriffen, während die Bewohner schliefen, sagte Gemeindevorsteher Solomon Mwantiri.

„Derzeit findet in der Gemeinde Jol ein Terrorangriff statt“, teilte Mwantiri in einer SMS mit. „Bei den Angreifern handelt es sich um bewaffnete Fulani-Hirten.“

Bei Angriffen im August kamen im Riyom County sieben Christen ums Leben, wie Anwohner berichteten, darunter drei, die am 30. August im Dorf Rim getötet wurden, sowie drei weitere im selben Dorf am 25. August. Beide Angriffe durch bewaffnete Fulani-Hirten fanden nachts statt, während die Bewohner schliefen, so die Anwohner.

Fulani-Angreifer töteten am 17. August zudem einen Christen im Dorf Wereng, so Mwantiri.

„Mindestens ein Christ wurde bei einem Angriff auf das Dorf Wereng, eine christliche Gemeinde, getötet“, sagte Mwantiri. „Der Name des christlichen Opfers lautet Pam Ezra.“

Darim Ezekiel, ein Abgeordneter aus dieser Region im nigerianischen Parlament, der Nationalversammlung, brachte „tiefe Trauer, große Wut und völlige Frustration über die anhaltenden und unprovokierten Angriffe, unter denen christliche Gemeinden leiden“, zum Ausdruck.

„Diese sinnlose Gewalt hat die Christen erneut in tiefe Trauer gestürzt. Diese christlichen Gemeinden bluten aus, und der anhaltende Verlust unschuldiger Menschenleben hat eine unerträgliche Schwelle erreicht“, sagte Ezekiel. „Familien wurden in tiefe Verzweiflung gestürzt, und vielversprechende Zukunftsperspektiven wurden brutal zunichte gemacht.“

Wiederkehrendes Blutvergießen könne und dürfe nicht zur neuen Normalität werden, sagte er.

„Wir fordern sofortige, transparente und entschlossene militärische Maßnahmen, um diese Mörder aus ihren Verstecken zu treiben und sie vor Gericht zu stellen“, sagte Ezekiel. Bewaffnete Fulani haben in Nigeria Ende September innerhalb von drei Tagen im Bezirk Barkin Ladi im Bundesstaat Plateau mindestens 12 Christen getötet.

Fünf der Christen wurden am 26. September im Dorf Marit getötet, zwei weitere verletzt, sagte der Anwohner Luka Japson.

„Am Mittwoch, dem 30. September, haben wir im Dorf Marit fünf unserer christlichen Brüder zur letzten Ruhe gebettet, deren Leben von bewaffneten Fulani-Terroristen vorzeitig beendet wurde“, sagte Japson gegenüber Christian Daily International-Morning Star News. „Die fünf Christen wurden um 13 Uhr von Fulani-Hirten getötet, als sie an einer Baustelle arbeiteten.“

Am 24. September wurden im überwiegend christlichen Dorf Kworos Gangare zwei Christen von Fulani getötet, sagte Gemeindevorsteher Rwang Tengwong. Er identifizierte die beiden getöteten Christen als Phillip Luka, 25, und Sunday John, 34.

Am selben Tag töteten Fulani zwei Christen im Dorf Nghar (Ex-Land) und drei im Dorf Gassa, sagte Gemeindevorsteher Rwang Tengwong.

<https://morningstarnews.org/2026/10/six-christians-slain-over-weekend-in-central-nigeria/>

Pakistan: Mädchen vor Zwangskonvertierungen und Zwangsheirat schützen

Pakistan wird von UN aufgefordert

Drei Sonderberichterstatter der Vereinten Nationen forderten Pakistan letzte Woche auf, Mädchen vor Entführung, erzwungener Religionskonversion und Kinderheirat zu schützen, und warnten, dass bestehende Gesetze kaum Wirkung zeigen werden, solange die Behörden den Zugang zur Justiz nicht gewährleisten und diese Gesetze nicht konsequent durchsetzen.

Die Experten sprachen am Donnerstag (1. Oktober) im Rahmen einer Nebenveranstaltung des UN-Menschenrechtsrats in Genf, die gemeinsam von den Interessenverbänden „Jubilee Campaign“ und dem „European Center for Law and Justice“ (ECLJ) organisiert wurde und in der Fälle christlicher Mädchen beleuchtet wurden, die angeblich entführt, gewaltsam zum Islam bekehrt und mit muslimischen Männern verheiratet wurden.

Im Rahmen der Veranstaltung kamen Familienangehörige zu Wort, darunter die Mutter der 13-jährigen Christin Maria Shahbaz, die im Juli 2025 aus ihrem Zuhause verschwand und später vor Gericht aussagte, sie sei aus freiem Willen konvertiert und habe ihren 30-jährigen mutmaßlichen Entführer, Shehryar Ahmad, geheiratet.

„Wir wissen nicht, wo sie sie festhalten“, sagte Marias Mutter in einem Video, das während der Veranstaltung gezeigt wurde. „Wir haben schreckliche Gedanken darüber, was mit ihr geschieht.“

An der Veranstaltung nahmen Professor Nicolas Levrat, UN-Sonderberichterstatter für Minderheitenfragen, Reem Alsalem, Sonderberichterstatterin für Gewalt gegen Frauen und Mädchen sowie deren Ursachen und Folgen, und Dr. Katarina Schwarz, die neu ernannte Sonderberichterstatterin für moderne Formen der Sklaverei und des Menschenhandels, teil.

Levrat erklärte, Pakistans internationale Verpflichtungen, einschließlich derer aus der Konvention über die Rechte des Kindes, erforderten den Schutz von Kindern vor erzwungener Religionskonversion und Kinderheirat.

„Die Straflosigkeit im Zusammenhang mit erzwungenen Religionskonversionen lässt sich nicht durch neue Gesetze oder Rechtsvorschriften lösen“, sagte Levrat laut einer Pressemitteilung der Jubilee Campaign USA.

Stattdessen forderte er einen besseren Zugang zur Justiz für religiöse Minderheiten sowie Schulungen und technische Zusammenarbeit für Polizei, Staatsanwaltschaft und Justizbehörden.

Seine Äußerungen folgten auf Berichte über Familien, die sich wiederholt an Gerichte und Behörden gewandt hatten, ohne die Rückgabe entführter Mädchen zu erreichen.

Shahbaz Masih, der Vater von Maria Shahbaz, beschrieb, wie seine Familie „von Gericht zu Gericht“ gegangen sei, um Hilfe zu suchen, aber „nichts geschah“.

Levrat sagte, die Behörden müssten Beschwerden von Familien aus Minderheiten ernsthaft prüfen und das angehen, was er als weit verbreitete institutionelle und gesellschaftliche Voreingenommenheit zugunsten der dominanten Religionsgruppe bezeichnete.

„Daran muss gearbeitet werden“, sagte er.

Schwarz, die online sprach, erklärte, Kinderheirat könne unter den Begriff der Sklaverei fallen, und betonte, dass Sklaverei und andere Formen der Ausbeutung häufig in Umgebungen vorkommen, die von Diskriminierung geprägt sind, insbesondere gegenüber Frauen und Mädchen. Sie sagte, die Verantwortung für den Schutz von Kindern liege beim Staat, und forderte Pakistan nachdrücklich auf, Präventivmaßnahmen zu ergreifen und „robusten und wirksamen Schutz“ zu gewährleisten, um seinen Verpflichtungen nachzukommen.

Alsalem hob die jüngsten Rechtsreformen in Pakistan hervor, darunter das Gesetz zur Eindämmung von Kinderheirat von 2026 in Punjab, das das Mindestheiratsalter für Jungen und Mädchen auf 18 Jahre angehoben und die Eheschließung von Minderjährigen zu einer Straftat ohne Möglichkeit der Freilassung gegen Kautions gemacht hat. Das Gesetz sieht außerdem vor, dass das Zusammenleben mit einem Kind, das aus einer solchen Ehe hervorgegangen ist, unabhängig von der Zustimmung des Kindes als Kindesmissbrauch gilt.

Die Reform ist besonders bedeutsam in Punjab, wo laut Menschenrechtsaktivisten zahlreiche Fälle von Entführung, Zwangskonvertierung und Zwangsheirat christlicher Mädchen gemeldet wurden.

Alsalem äußerte jedoch Bedenken hinsichtlich der uneinheitlichen Durchsetzung solcher Gesetze und erklärte, dass die Rechenschaftspflicht davon abhängen könne, welches Gericht einen Fall verhandle und ob Anwälte beteiligt seien. Sie wies zudem auf den Druck hin, der auf Opfer und ihre Familien ausgeübt werde, um sie zur Rücknahme von Anzeigen zu bewegen – manchmal unter Einbeziehung mutmaßlicher Täter und in einigen Fällen auch von Strafverfolgungsbeamten.

Christophe Foltzenlogel, Advocacy-Beauftragter beim ECLJ, sagte, Pakistan verfüge bereits über gesetzliche Bestimmungen zum Schutz der Opfer, doch die Durchsetzung bleibe ein großes Problem. Er führte den Fall von Shahzad Masih an, der 16 Jahre alt war, als er 2017 wegen Blasphemievorwürfen verhaftet wurde.

Foltzenlogel erklärte, ein hochrangiger Polizeibeamter habe ausgesagt, dass Shahzads Äußerungen nicht beleidigend gewesen seien, doch der Druck religiöser Hardliner habe das Verfahren beeinflusst. Der Teenager wurde schließlich im November 2022 zum Tode verurteilt, nachdem das Gericht es abgelehnt hatte, ihn als Minderjährigen zu verurteilen.

Shahzad sagte seitdem zu seinen Anwälten: „Sie sollten mich einfach hängen. Ich kann dieses Leiden, jeden einzelnen Tag warten zu müssen, nicht ertragen.“

Foltzenlogel zog zudem einen Vergleich zwischen der Art und Weise, wie die Behörden auf gestohlenen Eigentum reagieren, und ihrem Umgang mit der Entführung von Mädchen. Im Fall von Maria, so sagte er, befinde sich ein damals 12-jähriges Mädchen, das angeblich von einem 30-jährigen Mann entführt worden sei, trotz wiederholter nationaler und internationaler Appelle weiterhin in der Gewalt des Mannes.

„Warum wird einem gestohlenen, immateriellen Gegenstand mehr Aufmerksamkeit geschenkt als der Entführung eines Menschen?“, fragte er.

Joseph Janssen, Advocacy-Beauftragter bei der Jubilee Campaign, sagte, er habe die Behandlung minderjähriger Mädchen in Fällen von Zwangskonvertierung persönlich beobachtet. Er führte den Fall von Amber Nadeem an und erklärte, Anwälte hätten vor Gericht argumentiert, dass sie, da sie zum Islam konvertiert sei, nicht zu ihren christlichen Eltern zurückgebracht werden könne, da dies einer Apostasie gleichkäme.

„Ihr Status als Kind wurde beiseitegeschoben“, sagte Janssen.

Er erklärte, solche Argumente zeigten den gesellschaftlichen Druck, der Fälle mit christlichen Mädchen umgibt, und unterstrichen die Notwendigkeit, dass die Behörden den Schutz von Kindern unabhängig von ihrem angeblichen religiösen Status als Priorität behandeln müssten.

Der Fall von Maria Shahbaz wurde wiederholt vor pakistanischen Gerichten und in internationalen Foren, darunter dem Europäischen Parlament und den Vereinten Nationen, zur Sprache gebracht. Dennoch befindet sie sich weiterhin bei dem Mann, der beschuldigt wird, sie entführt zu haben, sagte Janssen.

„Warum wurde sie immer noch nicht in staatliche Schutzobhut genommen, fern von denjenigen, denen vorgeworfen wird, ihr Schaden zugefügt zu haben?“, fragte er.

Das Gremium verwies zudem auf frühere Mitteilungen der UN-Sonderversfahren bezüglich erzwungener Religionswechsel durch Heirat in Pakistan. Levrat erklärte, es habe keine Antwort auf eine UN-Mitteilung gegeben, in der Bedenken hinsichtlich erzwungener Konversionen und Entführungen von Frauen und Mädchen geäußert wurden.

In einer Erklärung vom April sagten UN-Experten, das Ausmaß und die Hartnäckigkeit solcher Verstöße deuteten auf eine „systematische Diskriminierung nicht-muslimischer Frauen und Mädchen“ hin, die gezwungen oder genötigt werden, zum Islam zu konvertieren, um muslimische Männer zu heiraten. Die Experten forderten Pakistan auf, die Bemühungen zur Beseitigung von Zwangskonvertierungen zu verstärken, das Mindestheiratsalter landesweit auf 18 Jahre anzuheben, erzwungene Religionswechsel als eigenständigen Straftatbestand unter Strafe zu stellen und Gesetze bezüglich Menschenhandel und sexueller Gewalt durchzusetzen.

Die Nebenveranstaltung in Genf zielte darauf ab, diese Forderungen zu bekräftigen, und betonte, dass Gesetze allein schutzbedürftige Mädchen nicht schützen können, solange Polizei, Staatsanwaltschaft und Gerichte die Gesetze nicht durchsetzen.

Für die Familien der entführten Mädchen, so Janssen, habe die sichere Befreiung weiterhin oberste Priorität.

„Pakistan muss die Mädchen aus den Händen ihrer Entführer befreien, während sie auf Gerechtigkeit warten“, sagte er.

<https://morningstarnews.org/2026/10/pakistan-urged-to-protect-girls-from-forced-conversion-marriage/>

Südsudan: Entführte Christen wieder frei

Sechs christliche Mitarbeiter, die am 26. September entführt worden waren, wurden am 1. Oktober freigelassen.

Die Mitarbeiter von „Young Life South Sudan“ waren auf der Straße von Juba nach Yambio von Kajo Keji nach Maridi, einer Stadt im Bundesstaat West-Equatoria, unterwegs, als unbekannte Bewaffnete ihr Fahrzeug überfielen, berichtete der Landesleiter der Organisation, Pastor David Nyoma John, gegenüber Morning Star News.

„Am 26. September gegen 21:45 Uhr gerieten unsere ‚Young Life‘-Leiter aus Maridi auf der Straße von Juba nach Yambio in einen Hinterhalt, als sie von einer theologischen Fortbildung in Kajo Keji zurückkehrten“, sagte Pastor John. „Sie wurden von einer unbekannten bewaffneten Gruppe entführt und etwa fünf Tage lang unter harten Bedingungen tief im Busch festgehalten.“

Ihr Fahrzeug sei während des Überfalls in Brand gesetzt worden, sagte er. Die entführten Mitarbeiter berichteten, dass sie geschlagen, gezwungen wurden, schwere Lasten über weite Strecken zu tragen, und nicht ausreichend mit Nahrung und Wasser versorgt wurden. Sie mussten unter freiem Himmel ohne Unterkunft oder Schlafgelegenheit schlafen.

Die Angreifer beschlagnahmten ihre persönlichen Gegenstände, darunter Mobiltelefone, Bibeln und Zertifikate über ihre theologische Ausbildung, sagte Pastor John und fügte hinzu, dass die Mitarbeiter traumatisiert seien und psychosoziale sowie medizinische Betreuung benötigen.

Bei den Mitarbeitern, allesamt gebürtige Südsudanesen, handelte es sich um Thomas Oliver, Japheth Elisama, John Simon, Justin Wilson, James Banyi und Ezibon Yoanna. Es war zunächst unklar, warum sie freigelassen wurden, doch es schien, als seien sie als Strafe für ihren Dienst entführt worden.

Der katholische Bischof der Diözese Tombura-Yambio, Eduardo Hiinoro Kussala, verurteilte die Entführung und andere Angriffe auf Zivilisten und forderte die bewaffneten Gruppen auf, Zivilisten nicht länger ins Visier zu nehmen. „Die Menschen, denen ihr Hinterhalte legt, sind eure Brüder, sind eure Mitbürger“, sagte er gegenüber dem Radiosender „Eye Radio“ in Juba. „Sie sind eure Brüder und Schwestern.“

Laut dem „Joshua Project“ sind 63,7 Prozent der Bevölkerung des Südsudans Christen, 26,9 Prozent Anhänger ethnischer Religionen und 8,8 Prozent Muslime. Der Südsudan, der nach seiner Unabhängigkeit vom Sudan im Juli 2011 das jüngste Land der Welt war, wurde 2013 von einem Bürgerkrieg heimgesucht. Trotz eines Friedensabkommens aus dem Jahr 2018 dauern die Kämpfe laut den Vereinten Nationen an, und erneute Gewalt, politische Spannungen, Korruption und Straflosigkeit bringen viele Menschen in Gefahr.

Christen sind im Land zur Zielscheibe geworden. Am 25. Februar wurde die Leiche des Pfarrers Lino Pasquale von der Hai Baraka Pentecostal Church in der Nähe von Juba gefunden, nachdem er am 19. Februar entführt worden war.

Er wurde beim Angeln an einem Fluss in Gondokoro, 10 Kilometer (sechs Meilen) von Juba entfernt „von unbekannten Bewaffneten gezielt angegriffen und getötet“, so Führungskräfte der Sudan Pentecostal Church (SPC).

Der Mord war kein Einzelfall. Am 14. Januar wurde laut Martin Mogga, dem stellvertretenden leitenden Bischof der Africa Inland Church (AIC), Pfarrer Christopher Maring, ein hochrangiges Mitglied der AIC, ermordet. Pfarrer Maring sei gegen 19:30 Uhr in seinem Haus im Vorort Gudele von unbekannten Bewaffneten erschossen worden, hieß es.

Kirchenführer in der Region fordern zunehmend besseren Schutz und Ermittlungen zu den gezielten Morden, da die Motive hinter den Angriffen von den lokalen Behörden offiziell weiterhin als „unbekannt“ eingestuft werden.

<https://morningstarnews.org/2026/10/christian-workers-abducted-in-south-sudan-are-released/>

Weltweit: Am 1. November für verfolgte Christen beten

An einem Sonntag im Jahr sollen sich Christen an verfolgte Glaubensgeschwister erinnern und in den Gottesdiensten für sie beten. In diesem Jahr lädt die Deutsche Evangelische Allianz für den 1. November dazu ein.

(Von Johannes Blöcher-Weil/ 4. Oktober 2026 PRO) Bewusst für verfolgte Christen und die weltweite Religionsfreiheit beten: dazu lädt der Arbeitskreis „Religionsfreiheit – Menschenrechte – Verfolgte Christen“ (AKREF) der Deutschen Evangelischen Allianz alle Gemeinden, Werke und Verbände ein. Der Gebetstag für verfolgte Christen soll in diesem Jahr am 1. November stattfinden.

Wie die Veranstalter auf ihrer Internetseite mitteilen, freuen sie sich, wenn Christen durch Gebet und Anteilnahme an der Seite der verfolgten Christen stehen und so „die weltweite Einheit der Gemeinde Jesu sichtbar machen“. Aufgrund der aktuellen politischen Entwicklungen liegt der geografische Schwerpunkt für den Gebetstag 2026 auf Nigeria, Syrien und der Region Zentralasien.

Schwerpunkt liegt auf Nigeria, Syrien und Zentralasien

In Nigeria litten Christen weiterhin unter massiver Gewalt, Terror und Vertreibung. In Syrien stünden die verbliebenen christlichen Gemeinden nach Jahren des Krieges und der Zerstörung sowie nach dem Regimewechsel vor existenziellen Herausforderungen. In Zentralasien erlebten Christen in mehreren Staaten zunehmenden staatlichen Druck, Überwachung und Einschränkungen religiöser Freiheit.

Mit dem Gebetstag gehe es darum, die „verfolgten Geschwister zu stärken und uns selbst neu zum glaubwürdigen Dienst in Gebet, Öffentlichkeit und praktischer Solidarität zu ermutigen“. Für den Gebetstag stellt die Deutsche Evangelische Allianz diverses Material und [Predigtentwürfe](#) zur Verfügung.

Zentralasien: Wenn eine Verwandte zum Glauben kommt

Ein Pastor aus Zentralasien hat uns berichtet: „Vor 29 Jahren ist unsere Familie zum Glauben gekommen. Es gab sehr viel Widerstand und wir sind verfolgt worden für unseren Glauben. Während all dieser Jahre ist aus unserer Verwandtschaft niemand zum Glauben gekommen. Aber vor 10 Jahren hat meine Cousine zum Glauben gefunden und es geheim gehalten. Jedoch kam sie in eine tiefe Depression. Wir haben sie daraufhin letztes Jahr zu uns nach Hause eingeladen. Ihr viertes Kind ist an Autismus erkrankt. Als sie bei uns war, hat sie sich entschieden, sich taufen zu lassen. Und damit wurde es öffentlich, dass sie Christin ist. Aufgrund dessen hat ihre Verwandtschaft nun eine sehr angespannte Beziehung zu ihr. Ihre drei Schwestern grenzen sie aus und das ist enorm belastend für sie. Ihre Mutter sagte: ‚Dass du ein autistisches Kind hast, ist die Strafe Allahs dafür, dass du den wahren Glauben, den Islam, verlassen hast.‘ Bei meiner eigenen Familie war das ähnlich gewesen.

Ich habe einen Bruder mit Behinderung. Da sagten sie das Gleiche. Darauf erwiderte ich, dass es nicht nur bei Christen Kinder gibt, die mit einer Behinderung geboren werden. Diese Härte ihrer Verwandtschaft gegenüber meiner Cousine hat sie gebrochen und aus der Spur geworfen. Hinzu kam: Kurz vor ihrer Taufe brachte meine Cousine ein weiteres Kind zur Welt, bei dem ebenso die Diagnose Autismus bestätigt wurde. Nun sind das vierte und fünfte Kind betroffen und das hat ihren Glauben doch sehr ins Wanken gebracht, sodass sie aufhörte, die Gemeinde zu besuchen. Vergangenen Samstag hat meine Frau ein Gespräch mit ihr geführt. Sie haben zusammen geweint und gebetet. Und jetzt am Sonntag hat meine Frau mir, der ich gerade auf Dienstreise bin, ein Foto geschickt und geschrieben: ‚Schau mal, heute ist sie mit ihren Kindern im Gottesdienst.‘ Ihr Mann ist Tatare und Muslim und er hat zu seiner Frau gesagt: ‚Höre nicht auf deine Mutter und deinen Vater, ich erlaube dir, in die Gemeinde zu gehen.‘ Er selbst möchte allerdings nicht mitgehen.“

➤ Bitte beten Sie für die Verwandten des Pastors, dass sie sich für Christus öffnen, und insbesondere für seine Cousine, dass sie erlebt, wie Christus sie in diesen besonderen Belastungen durchträgt und dadurch ihr Vertrauen zu ihm gestärkt wird.

Quelle: Der Red. bekannt- AKREF

Disclaimer: Die Evangelische Allianz in Deutschland und ihr Arbeitskreis Religionsfreiheit- Menschenrechte-Einsatz für verfolgte Christen stellen diese Informationen zur Verfügung ohne jede Kommentierung. Die Ansichten, die in den Meldungen zum Ausdruck kommen, werden nicht ohne Weiteres von EAD oder AKREF geteilt.

Falls Sie die Erstellung und Verbreitung der AKREF Gebetsanliegen unterstützen möchten, können Sie gern eine Spende richten an:

Evangelische Allianz in Deutschland (EAD)

Spendenkonto:

IBAN: DE87520604100000416800

BIC: GENODEF1EK1

Evangelische Kreditgenossenschaft

Verwendungszweck „AKREF“

Gerne können Sie auch [online spenden](#).

Links

www.csi-de.de

<https://islam.ead.de/>

<https://akref.ead.de/>

<https://akref.ead.de/gebet-fuer-verfolgte/>

www.h-m-k.org

www.hilfsbund.de

www.hoffnungszeichen.de

www.idea.de/nachrichten.html

www.islaminstitut.de

www.kirche-in-not.de

www.opendoors.de

www.pro-medienmagazin.de

www.stanet.ch/APD

www.zenit.org

Menschenrechtsorganisationen:

www.amnesty.de

www.igfm.de

www.gfbv.de

Wichtige englischsprachige Internetseiten:

www.advocatesinternational.org [Anwälte im Auftrag der Allianz]

www.barnabasfund.org

www.csi-int.ch

www.forum18.org [Forum 18 News Service]

www.idop.org [Int. Seite des Gebetstages für verfolgte Christen]

www.iirf.eu [Internationales Institut für Religionsfreiheit]

www.meconcern.org [Middle East Concern]

www.persecutedchurch.org

www.persecution.net [Voice of the Martyrs/HMK]